

Sachdokumentation:

Signatur: DS 472

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/472



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



RESOLUTION

TÜRKEI: FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE JETZT

Die Entwicklungen in der Türkei sind mehr als besorgniserregend. Nach dem gescheiterten Putschversuch am 15. Juli 2016 hat der türkische Staatspräsident Erdogan den Ausnahmezustand verhängt und inzwischen bis zum 19. April 2017 verlängert. Seither wird in der Türkei per Notstandsdekret regiert. In diesem Rahmen werden aber nicht nur die Putschisten zur Rechenschaft gezogen. Präsident Erdogan nutzte die Situation, um die regierungskritische Opposition mundtot zu machen.

Kritische und unabhängige Medien, zahlreiche medizinische Einrichtungen, Gewerkschaften sowie über 370 NGO wurden geschlossen. JournalistInnen, Kulturschaffende und WissenschaftlerInnen wurden verhaftet, zehntausende Staatsangestellte im Bildungs-, Sicherheits- und Justizbereich entlassen. Die **Immunität von Parlamentsmitgliedern wurde aufgehoben und demokratisch** gewählte Abgeordneter der regierungskritischen und **pro-kurdischen Partei HDP wurden verhaftet. Ganze Stadtteile im kurdischen Teil der Türkei wurden zerstört und die Menschen zur Flucht gezwungen. Und nicht zuletzt:** Erdogan will ein Gesetz für die Einführung der Todesstrafe unterzeichnen.

Die europäischen Länder **und die internationale Gemeinschaft** dürfen nicht tatenlos zusehen, wie sich die Türkei immer mehr in eine Diktatur verwandelt. Die Schweiz **trägt Mitverantwortung und darf nicht untätig bleiben.**

Die Grünen Schweiz sind sehr besorgt über:

1. die Verhaftung demokratisch gewählter HDP-Abgeordneter und weiterer gewählter PolitikerInnen wie Stadt- und GemeindepräsidentInnen. Sie kritisieren die Aufhebung der parlamentarischen Immunität scharf.
2. die Angriffe auf die Meinungs- und Pressefreiheit durch die Schliessung von Medien und NGO sowie die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Organisationen.
3. die Verhaftung von JournalistInnen und AkademikerInnen sowie die Aushöhlung des Rechtsstaates durch die Entlassung und Verhaftung von RichterInnen.

Die Grünen Schweiz fordern den Bundesrat auf:

1. sich für die **Menschenrechte** in der Türkei – insbesondere für das Folterverbot und das Recht auf faires Verfahren – und gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe einzusetzen.
2. seine Richtlinien zum **Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen** in der Türkei anzuwenden.
3. die **Festnahmen der gewählten PolitikerInnen der HDP**, die sich für die Rechte der KurdInnen und Minderheiten, für Ökologie und Demokratie einsetzt, scharf zu verurteilen und sich auf diplomatischem Weg für ihre sofortige Freilassung einzusetzen. Die Vertretung der Schweiz in der Türkei sollte auch die inhaftierten Parlamentsmitglieder und weitere gewählte PolitikerInnen im Gefängnis besuchen – wie *Firat Anli und Gültan Kışanak*, Co-BürgermeisterInnen von Diyarbakir.
4. das **Europäische Komitee des Europarats zur Verhütung von Folter** aufzufordern, die Haftbedingungen in der Türkei zu überwachen.
5. die **Vertretung der Schweiz in der Türkei** sollte an den Gerichtsverhandlungen und Prozessen der PolitikerInnen als Zuhörer teilnehmen und über ihre Beobachtungen informieren.
6. **lokale zivilgesellschaftliche Organisationen** in ihren Bemühungen zu unterstützen, Menschenrechtsverletzungen zu erfassen und darüber Bericht zu erstatten.
7. die **Rüstungszusammenarbeit und Kriegsmaterialexporte** sofort zu stoppen und im Rahmen des internationalen Waffenhandelsabkommens (ATT) und des Schweizer Kriegsmaterialgesetzes (Exportkontrollregime) Rechenschaft einzufordern über den Gebrauch der aus der Schweiz importierten militärischen Güter.
8. sicherzustellen, dass Gesuche um **humanitäre Visa** gestellt werden können und diese rasch behandelt werden – und dass das entsprechende Vorgehen klar veröffentlicht wird.
9. die **guten Dienste der Schweiz** für eine friedliche Lösung der Konflikte anzubieten.
10. die Prinzipien der UNSC-Resolution 1325 zu **Frauen, Frieden und Sicherheit** anzuwenden, nämlich der Schutz der Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt und deren Prävention sowie die Partizipation der Frauen bei Friedensverhandlungen.
11. die Verhandlungen für die Vertiefung des **Freihandelsabkommens** zwischen der Türkei und der EFTA sowie das Investitionsschutzabkommen zu suspendieren. Diese Abkommen sowie die «strategische Partnerschaft» mit der Türkei sollten an die folgenden Bedingungen geknüpft werden: Wiederaufnahme des Friedensprozesses, Achtung der Grundrechte, Wiederherstellung des Rechtsstaats und der Demokratie.